



Berlin Institut
für Partizipation

"Lieber spitz als breit"

Warum das Ergebnisformat über den Beteiligungserfolg
von Bürgerräten entscheidet

Autor: Dr. Ralf Grötter

Der Autor



Dr. Ralf Grötzer ist Berater und Moderator bei IKU_Die Dialoggestalter. Im Rahmen des durch den Verein Mehr Demokratie e. V. initiierten Projekts „Losland“ hat er als Mitglied des Moderationsteam West Bürgerräte in Homberg (Efze), Gütersloh und Coesfeld begleitet und moderiert.

Dr. Ralf Grötter

"Lieber spitz als breit"

Warum das Ergebnisformat über den Beteiligungserfolg von Bürgerräten entscheidet

Bürgerbeteiligungsverfahren, wie Bürgerräte, enden oft in wohlklingenden, öffentlichkeitswirksamen Absichtserklärungen, ohne dass daraus konkrete Umsetzungsschritte hervorgehen. Wer dies vermeiden will, sollte gezielte Anforderungen an das Ergebnisformat stellen. Wenige aber dafür klar formulierte Vorschläge, detaillierte Umsetzungsstrategien und eine transparente Dokumentation sind der Schlüssel dafür, dass Bürgerräte politisch wirksam werden.

Bürgerbeteiligung – darunter scheinen viele einfach nur Aktionen zu verstehen, die mit möglichst großer Öffentlichkeitswirksamkeit durchgeführt werden. Was an diesen Aktionen „Beteiligung“ sein soll, bleibt allerdings unklar. Zum Ausdruck kommt ein solches aktionistisches Verständnis auch in der Berichterstattung zur Bürgerbeteiligung. Wenn Kommunen und Landkreise über ihre Aktivitäten im Bereich Bürgerbeteiligung berichten, dann liegt der Fokus oftmals darauf, stattgefundenen Aktionen zu beschreiben. Was genau aber aus diesen Aktionen heraus in die Umsetzung gelangt, lässt sich oftmals schwer nachvollziehen. Es drängt sich der Eindruck auf: Außer Aktionen ist auch nicht viel passiert. Ein Gegenbeispiel liefert der Landkreis Marburg-Biedenkopf mit seinem jährlichen Bürgerbeteiligungsbericht (Landkreis Marburg-Biedenkopf 2024). Im Bericht finden sich nicht nur ausführliche Beschreibungen der durchgeführten Beteiligungsprozesse, sondern auch Ausführungen dazu, wie Ergebnisse von Beteiligungsprozessen im Landkreis ihren Weg in die Umsetzung finden. Am Ende der Projektbeschreibungen finden sich typischerweise Ausblicke wie:

- „Folgende Projekte haben eine Förderzusage erhalten: ...“
- „Die Anregungen wurden in die Entwicklung der

Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden, welche nun in den entsprechenden Gremien beschlossen und im Jahr 2024 präsentiert wird.“

- „Die gesammelten Anregungen und Vorschläge wurden zusammengefasst, auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft und dann an das mit der Umgestaltung beauftragte Planungsbüro übergeben.“

Was spezielle Beteiligungsformate wie Bürgerhaushalte und Ideenwettbewerbe betrifft, lassen sich zahlreiche weitere Beispiele nennen, wie aus der Beteiligung heraus konkrete Vorhaben angestoßen werden. Genau das ist schließlich auch das erklärte Ziel und Beteiligungsversprechen dieser Formate. Aber es gibt auch zahlreiche Beispiele dafür, dass selbst diese Beteiligungsformate im Nebulösen enden. Denn nicht immer werden am Ende Siegedeeen gekürt und auch umgesetzt. Ein prominentes Negativ-Beispiel dafür ist die EU-Beteiligungsplattform (Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission 2024). Die Debatten auf der Plattform werden zwar in Abschlussberichten ausgewertet. Diese aber beschränken sich darin, die eingereichten Beiträge thematisch zu bündeln und inhaltlich zusammenzufassen. Wie und ob daraus Maßnahmen abgeleitet werden können, die überhaupt im Handlungshorizont der EU-Organe liegen, ist nicht Teil der Auswertung. Außerdem

wird nicht ersichtlich, wie und ob die Resultate im politischen Prozess der EU in irgendeiner Form Beachtung finden.

Auffallend unklar ist die Situation auch bei Bürgerräten. Nur sehr selten werden im Anschluss an einen abgeschlossenen Bürgerrat Informationen über Schritte in die Umsetzung veröffentlicht und auf aktuellem Stand gehalten. Informativ ist hier ein Blick in die Datenbank Bürgerräte, die von dem Verein Mehr Demokratie e. V. und dem Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung der Universität Wuppertal aufgebaut wird (Bergische Universität Wuppertal 2024). Stichproben aus dieser Datenbank ergeben ein deutliches Bild: Die meisten Bürgerräte stellen die finalen Resultate des Verfahrens in statischer Form, zum Beispiel als PDF, dar. Die naheliegende Option, über den aktuellen Stand von Umsetzungsprozessen auf einer Webseite oder einer eigens dafür eingerichteten Online-Plattform zu berichten, die laufend aktualisiert wird, wird nur selten genutzt. Dies legt den Schluss nahe, dass eine Begleitung in die Umsetzung hinein gar nicht vorgesehen zu sein scheint. Darüber hinaus enthalten die Abschlussberichte auch kaum konkrete Hinweise, was die Umsetzungsabsichten betrifft und die Wege, auf denen eine Umsetzung erfolgen könnte. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass die Umsetzung von Bürgerräten nicht nur schlecht dokumentiert wird, sondern vielleicht sogar schlichtweg nicht stattfindet.

Ich möchte, in Anbetracht dieser Sachlage, zwei Beobachtungen teilen. Erstens: Das Umsetzungsproblem hängt maßgeblich mit Formaten zusammen. Zum einen betrifft dies die Schablone oder Mustervorlage, in die Bürgerräte quasi hineinarbeiten. Änderungen in dieser Schablone können dazu führen, dass die Umsetzungschancen steigen. Zum anderen geht es um das Format, in dem Maßnahmen, die durch Bürgerräte angestoßen werden, dokumentiert werden. Eine bessere Dokumentation führt dazu, dass die beteiligende Instanz stärker in die Pflicht genommen und somit eine Umsetzung wahrscheinlicher wird.

Zweitens: Eine eins-zu-eins Umsetzung von Beteiligungsergebnissen aus Bürgerräten ist in den meisten Fällen gar nicht das optimale Ziel. Ein besseres Verständnis der Transformationsprozesse und Impulse, die durch einen Bürgerrat initiiert werden können, hilft dabei, konkretere Schritte zu unternehmen, um das Veränderungspotenzial von Bürgerratsprozessen gezielter zu nutzen.

Ergebnisformate

Häufig haben Resultate von Bürgerräten das Format eines bunten Blumenstraußes, aus dem die beteiligende Instanz sich nach Belieben einzelne Aspekte herausgreifen und alles andere vernachlässigen kann. Dies ist zum Teil dem Entstehungsprozess der Ergebnisse geschuldet. Bürgerräte erarbeiten ihre Vorschläge tendenziell im Konsens. Deshalb ist es im Zweifel leichter, lange Listen von Ideen zu erarbeiten als hart zu priorisieren. Die Moderation hat zudem meist auch keinen expliziten Auftrag, eine harte Priorisierung anzuleiten.

In vielen Situationen ist es für die Moderation aber dennoch möglich, den Bürgerrats-Teilnehmenden naheulegen, die Erkenntnisse „lieber spitz als breit“ anzulegen und somit zu pointierten Resultaten zu gelangen. „Lieber spitz als breit“ bedeutet: Die Resultate sollten die Form einer Pyramide haben. Die Spitze der Pyramide bilden einen Vorschlag oder einige wenige Vorschläge. Die Basis der Pyramide besteht aus Details zu den Vorschlägen, wie etwa konkreten Zielen, Einzelheiten der Umsetzung oder der Motivation, aus der heraus ein Vorschlag eingebracht wurde.

Die Überlegung hinter diesem Briefing ist, dass die Adressat*innen eines Bürgerrates sich durch einige wenige, dafür aber anschaulich ausgearbeitete Vorschläge vermutlich stärker beeindruckt lassen, als durch eine lange Liste von Ideen. Dies gilt sowohl für Politik und Verwaltung, in deren Händen in den meisten Fällen die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen liegt, als auch für die breitere Öffentlichkeit, die im Rahmen von Infor-

mationsveranstaltungen oder durch soziale Medien und Tageszeitungen von Ergebnissen eines Bürgerrates erfährt.

Sicherlich: das Eindampfen von zwanzig oder mehr Vorschlägen, die oft bei einem Bürgerrat zusammenkommen, auf vier oder fünf Ideen, kostet Zeit und ist mit Opfern verbunden. Und nicht immer ist es für die Moderation einfach, der Tendenz entgegenzusteuern, dass im Zuge der Einigung auf einige wenige Ideen die Teilnehmenden profilschwache Sammelideen generieren, um am Ende doch alle Ursprungsideen noch unterzubringen. Auf der anderen Seite erlaubt es die Konzentration auf wenige Ideen aber auch, mehr ins Detail zu gehen.

Hier lohnt es sich, ganz konkret einen Blick auf Mustervorlagen zu werfen, welche die Moderation den Teilnehmenden eines Bürgerrates für die Ausarbeitung und Dokumentation von Vorschlägen zur Verfügung stellt. Übliche Fragen, die auf solchen Mustervorlagen aufgeführt werden, sind:

- Warum sollte die Idee umgesetzt werden? (Welches Problem soll die Idee lösen? Auf welche Bedürfnisse zielt die Idee ab? Was soll erreicht werden?)
- Für wen ist die Idee wichtig? (Zielgruppe)
- Wie soll die Idee umgesetzt werden? Was braucht es für die Umsetzung? (Details)

Meine eigene Erfahrung aus der Moderation von Bürgerräten im Rahmen des Losland-Projekts ist, dass Teilnehmende sich oft vergleichsweise schwertun, diese Fragen auf einem Flipchart schriftlich zu beantworten. Vieles von dem, was mündlich geäußert wird, findet einfach nicht den Weg in die schriftliche Dokumentation. Die wenigen Ausführungen, die es stichpunktartig auf das Flipchart schaffen, ergeben am Ende für außenstehende Dritte nur eine vage und wenig überzeugende Vorstellung von der Situation.

Bei einem Bürgerrat haben wir deshalb versuchsweise die Präsentationsphase, in der die Teilnehmenden während des nicht-öffentlichen

Workshops einander die Ausarbeitungen der Ideen vorstellen, mit einer Audioaufnahme aufgezeichnet und daraus einen Fließtext generiert, der das Projekt beschreibt. Der Fließtext fiel in allen Fällen sowohl informativer als auch sehr viel anschaulicher aus als die Notationen auf den Flipcharts. In Rücksprache mit den Teilnehmenden, konnten wir die Fließtexte am Ende sehr gut verwenden, um die Resultate des Bürgerrates einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Als Mustervorlage hatten wir dabei folgendes Schema verwendet:

- Titel
- „Warum?“ (Bulletpoints, ca. 200 Zeichen)
- „Unsere Empfehlungen“ (Fließtext, ca. 250 Zeichen)
- „Details“, (Bulletpoints, ca. 700 Zeichen)
- „Ziele“ (Fließtext, ca. 250 Zeichen)
- Zusätzlich: Darstellung pro Empfehlung im durchgehenden Fließtext, erzeugt via Audiorecording (ca. 2.500 Zeichen)

Nun endet ein Bürgerrat nicht mit der Veröffentlichung von Empfehlungen. Irgendwie müssen diese schließlich auch in die Umsetzung kommen. Auch hier gibt es Formate, die eine Umsetzung eher befördern und solche, die der Umsetzung neutral gegenüberstehen. Tatsächlich wird in den seltensten Fällen öffentlich dokumentiert, wie über den Umgang mit den Beteiligungsresultaten entschieden wird und auf welchem aktuellen Stand die Umsetzungen sind.

Gängige Online-Beteiligungsplattformen bieten dafür einfache Lösungen an. Einige Plattformen legen es durch ihr Prozessdesign der beteiligenden Instanz sogar nahe, entsprechende Informationen zu veröffentlichen, wie etwa die Mitdenken-Seite von Vorarlberg (Land Vorarlberg 2022) oder die Initiative „Queer im Bodenseekreis“ (Wölfle/ Wäscher-Göggerle 2017). Die Plattform, die für diese Prozesse genutzt wurde, bietet der beteiligenden Instanz einen speziell dafür vorgesehenen Raum, um auf Erkenntnisse der Beteiligung mit Stellungnah-

men oder Entscheidungen zu reagieren. Bei jeder Stellungnahme oder jedem Entscheidungspunkt werden die Erkenntnisse, auf die Bezug genommen wird, gut sichtbar zitiert (und dabei auf der Plattform noch einmal dargestellt). Über die Erkenntnisse gelangt man mit wenigen Klicks auch auf die thematisch sortierten O-Töne aus dem Beteiligungsprozess. Auf diese Weise wird der beteiligten Instanz durch das Design der Plattform mehr oder weniger auferlegt, bei der Verkündung der Reaktionen aus Politik und Verwaltung möglichst konkret zu sein und dabei einzelne Inhalte aus den Resultaten auch explizit aufzugreifen. Geschieht dies nämlich nicht, ist die Lücke offenkundig.

Ein anderes Beispiel ist die Online-Seite der Ideenstadt Lippstadt (2024), die über geplante und erfolgreich bewältigte Meilensteine, beteiligte Akteure sowie über Termine im Kontext von Projekten berichtet, die aus Beteiligungsprozessen heraus entstanden sind.

Erstaunlicherweise werden technisch unaufwändige Möglichkeiten dieser Art nur selten genutzt, obwohl die Prozessqualität dadurch zweifellos gewinnen würde. Das stattdessen genutzte Format eines statischen PDF-Berichts hingegen übt auf die beteiligten Instanzen wenig Anreize aus, ihrer Umsetzungsverantwortung nachzukommen – schließlich entsteht keine sichtbare Lücke innerhalb der Dokumentation, wenn sie dies nicht tun.

Transfer

Bei dem Format „Bürgerrat“ ist es üblich, zum Abschluss des Projekts eine Transferphase (in der Begrifflichkeit der Vorarlberger Bürgerräte: eine „Resonanzgruppe“) einzuplanen, in welcher Teilnehmende des Bürgerrates gemeinsam mit Politik und Verwaltung überlegen, wie die Ideen aus dem Prozess in die Umsetzung kommen könnten. In der einfachsten, aber auch anspruchlosesten Variante besteht dieser Transfer darin, dass die Resultate einfach dem Stadtrat zur Kenntnisnahme übergeben werden.

Bei den Bürgerräten, die ich zusammen mit einer Kollegin im Auftrag des Losland-Projekts betreuen durfte, habe ich die Erfahrung gemacht, dass selbst jene Ideen, die wir sorgfältig hatten ausarbeiten lassen, sich am Ende eigentlich nicht wirklich umsetzen ließen. Ein Grund dafür: Oft existierten die Maßnahmen oder Ansätze, die die Bürger*innen in ihren Ideen entwickelt hatten, bereits. Weil es während der zwei Tage, die für den Bürgerrat zur Verfügung standen, zeitlich nicht möglich war, zusätzlich zur Ideenfindung, Priorisierung und Ausarbeitung noch eine Recherche- und Prüfphase einzubauen. In anderen Fällen war die Umsetzung der Ideen aber auch schlicht aus praktischen Gründen nicht möglich. Überrascht hatte uns das nicht.

Was uns aber überraschte, war die Bereitschaft unserer Auftraggeber*innen aus der kommunalen Politik, dennoch etwas aus den Resultaten zu machen. In vielen Fällen zeigte sich: Trotz „Haben wir schon!“ enthielt die der Idee vorangestellte Problembeschreibung Punkte, zu denen es durchaus noch Handlungsbedarf und -optionen gab. Oder die vorgeschlagene Idee konnte passend gemacht werden – und das so, dass man den mit der Problembeschreibung artikulierten Intentionen weiterhin gerecht werden konnte. Wenn es gut lief, wurden bereits in der Transfersitzung Aufgaben verteilt, Ansprechpersonen und mögliche Koalitionspartner*innen benannt sowie Termine festgemacht.

Die beschriebenen Beobachtungen legen den Schluss nahe, dass der Erfolg eines Bürgerrates nicht unbedingt daran gemessen werden sollte, inwiefern die von den Bürger*innen aufgetragenen Projektideen am Ende eins-zu-eins in die Umsetzung gebracht werden. In den beobachteten Fällen ist stattdessen etwas ganz anderes passiert: Der kommunale politische Prozess ist mit Zufallsimpulsen gefüttert worden. Die einzelnen Schritte dieses Prozesses: Via Losverfahren wurden die Teilnehmenden des Bürgerrates rekrutiert. In einem Entscheidungsprozess, der wiederum von etlichen Zufällen bestimmt war, einigten diese sich in ihrer Empfehlung auf einige wenige Projektideen.

Es hätten auch gänzlich andere Ideen am Ende das Rennen machen können – wenn auch die Problemlagen, die als Motivation für die Vorschläge skizziert wurden, ein breites Echo innerhalb der Teilnehmenden des Bürgerrates fanden.

Ob aus diesem Impuls heraus auch Dinge ins Rollen gebracht werden, hängt davon ab, inwiefern die beauftragende und letztlich verantwortliche Instanz, also zum Beispiel der oder die Bürgermeister*in, tatsächlich bereit ist, den Ball – um im Bild zu bleiben – weiter zu dribbeln. Und das bedeutet: die Vorschläge der Bürger*innen so weiterzuentwickeln, dass sie einerseits den ursprünglichen Intentionen des Bürgerrates gerecht bleiben, andererseits aber auch tatsächlich eine Umsetzung erfolgen kann. Im besten Fall eröffnet sich in der Transferphase ein neues Spielfeld, auf dem Bürger*innen, Politik und Verwaltung zu Projekten, die es vorher noch nicht gab, gemeinsam auf eine Weise ins Tun kommen, die vorher noch nicht stattgefunden hat. Resultat eines Bürgerrates wäre, so betrachtet, nicht das realisierte Projekt, sondern auch ein neuer Modus des gemeinsamen Entscheidens und Handelns, für den die Bürgerrats-Projekte ein experimentelles Terrain abstecken.

Ob diese Momente eines neuen Miteinanders, das ich bei einigen von mir betreuten Bürgerräten in

der Transferphase beobachten konnte, Bestand haben werden, kann ich nicht beurteilen. Ich konnte jedoch deutlich wahrnehmen, dass der Alternativweg – Übergabe der Resultate an den Stadtrat – zumindest nicht erfolgreicher war, als der etwas improvisiert wirkende Modus in den Beispielen. Einschränkung zu ergänzen ist: Bei den beschriebenen Fällen handelte es sich um Kleinstädte, deren Politik – anders als meist in größeren Städten – stärker personengetrieben als gremienfokussiert funktioniert. Im Gegensatz zum oft zitierten Beispiel der irischen Bürgerräte zu Fragen der Abtreibung und der gleichgeschlechtlichen Ehe hatten die beschriebenen Bürgerräte außerdem offene Fragen statt geschlossene (mit Ja/Nein beantwortbare) Fragen zum Gegenstand. Zwar produzieren offene Fragen als Ausgangspunkt die skizzierte Problemlage des bunten Blumenstraußes. Letztlich führen sie aber auch zu Vorschlägen, die den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung Handlungsspielräume eröffnen.

Ergebnisformate: Beispiele

An Bürgerräten wird kritisiert, dass die Empfehlungen oft zu breit gefächert seien. Das liegt unter anderem an der Fragestellung des Beteiligungsgegenstandes selbst. Dabei lassen sich folgende Hypothesen aufstellen:

Ergebnisformate mit vielen Empfehlungen	Bürgerforum Bischweier für die Nachfolgenutzung des ehemaligen Spanplattenwerks als Internationales Konsolidierungszentrum (2022): Insgesamt. ca. 50 Empfehlungen (gegliedert in vier Schwerpunktthemen mit je drei bis fünf Herausforderungen) Zu jeder Herausforderung (ca. 2000 Zeichen): Unteraspekte (Bulletpoints) und Empfehlungen (Bulletpoints) Entscheidungsfindung: Konsensuell, keine Abstimmung Kein Feedback
	Gesellschafts-Forum Bundeskunsthalle Bonn (2024) 26 Empfehlungen Pro Empfehlung: Titel und bis zu ca. 300 Zeichen Fließtext Entscheidungsfindung: Über jede Empfehlung wurde abgestimmt („dafür“, „dagegen“, „enthalten“). Ein Feedback zu den Ideen durch die beauftragende Instanz ist Teil des Projektberichts

Ergebnisformate wenigen Empfehlungen	<p>Bürgerrat Homberg (2022)</p> <p>5 Empfehlungen</p> <p>Format: Warum (Bulletpoints, ca. 200 Zeichen), unsere Empfehlungen (Fließtext, 250 Zeichen), Details (ca. 700 Zeichen, Bulletpoints), Ziele (ca. 250 Zeichen)</p> <p>Darstellung pro Empfehlung im Fließtext: ca. 2.500 Zeichen</p> <p>Entscheidungsfindung: Konsensuell, keine Abstimmung</p> <p>Feedback ist nicht Teil der Resultatedarstellung</p>
	<p>Bürgerrat Bildung und Lernen, Forderungen von Kindern und Jugendlichen (2021)</p> <p>4 wichtigste Forderungen + 10 weitere Forderungen</p> <p>Pro Forderung: ca. 500 Zeichen</p> <p>Format: Titel, „Wir fordern, dass...“ (Details in Bulletpoints), „Darum ist uns das wichtig“ (Bulletpoints)</p> <p>Entscheidungsfindung: Abstimmung</p> <p>Ohne Feedback durch verantwortliche Instanz in der Bildungspolitik/-verwaltung</p>
Verfahren, bei denen die Umsetzung online begleitet wurde	<p>Vorarlberg, Bürgerrat Landwirtschaft (2019)</p> <p>10 Erkenntnisse</p> <p>Format: Titel, Kurzbeschreibung (ca. 250 Zeichen), zu jeder Erkenntnis* Zitate („Kernaussagen“) aus dem Beteiligungsprozess</p> <p>Entscheidungsfindung: Konsensuell, keine Abstimmung</p> <p>Feedback: Dokumentation von Entscheidungen, die sich direkt auf die einzelnen Erkenntnisse beziehen, durch Projektwebseite (Land Vorarlberg 2024)</p>
	<p>Bodenseekreis, Online-Konsultation „Queer im Bodenseekreis“</p> <p>9 Erkenntnisse</p> <p>Format: Titel, Fließtext (ca. 600 Zeichen) zu jeder Erkenntnis* Zitate („Kernaussagen“) aus dem Beteiligungsprozess</p> <p>Entscheidungsfindung: Konsensuell, keine Abstimmung</p> <p>Feedback: Dokumentation von Entscheidungen und Umsetzungen, die sich direkt auf die einzelnen Erkenntnisse beziehen, durch Projektwebseite (Wölfle/ Wäscher-Göggerle 2017)</p>

Literatur

Bergische Universität Wuppertal (2024): Datenbank Bürgerräte (im Aufbau). <https://idpf.uni-wuppertal.de/de/projekte/datenbank-buergerraete-im-aufbau/pertal.de> (Zugriff am 10.09.2024).

Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission (2024): Plattform für Bürgerbeteiligung. https://citizens.ec.europa.eu/index_de (Zugriff am 10.09.2024).

Ideenstadt Lippstadt (2024): Sanierungsberatung für Mehrfamilienhäuser. <https://ideenstadt.de/ideations/96acc259-c026-463c-9f04-aaa81263ff74/view#collab-7320e9b8-2f03-420f-b817-cf399e462ee8> (Zugriff am 10.09.2024).

Landkreis Marburg Biedenkopf (2024): Berichte, Infobriefe, Kataster, Konzept und Evaluation hier auf einen Blick und Klick!, <https://mein-marburg-biedenkopf.de/informationen/berichte-infobriefe-kataster> (Zugriff am 10.09.2024).

Land Vorarlberg (2024): BR Zukunft Landwirtschaft, <https://vorarlberg.mitdenken.online/projects/f0042d8f-f5be-4c02-8492-516906f01e58/view/answers> (Zugriff am 10.09.2024).

Wölfle, Lothar/Veronika Wäscher-Göggerle (2017): Initiative „Queer im Bodenseekreis“, Landratsam Bodenseekreis <https://mitwirken.bodenseekreis.de/projects/67cccf1c-24c5-46db-bce5-e369051d7dfb/view/answers> (Zugriff am 10.09.2024).

Herausgeber:

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Weydingerstraße 14-16
10178 Berlin

Tel. 030 120826-110
kontakt@bipar.de

www.bipar.de

Verantwortlich:

Jörg Sommer, Direktor

Bildquelle:

Sincerely Media (Titelbild)

Redaktionshinweis:

Die in dieser Publikation formulierten Positionen geben nicht zwangsläufig in allen Punkten die Meinung des Herausgebers wieder.

ISBN: 978-3-912217-06-3

© Mai 2026, Berlin Institut für Partizipation

KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG



**Jetzt
erhältlich**

Jörg Sommer (Hg.)

348 Seiten, 29,80€

ISBN 9783912217001

KURSBUCH

BÜRGERBETEILIGUNG #6

www.kursbuch.info

Eine Publikation des

RepublikVerlag

Hier Bestellen!

